

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel

Redaktion: Dr. Hans E. Mühlemann

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel

Erscheint wöchentlich - Basel, den 17. Juni 1950 - 50. Jahrgang - Nr. 24

61. ordentliche Delegiertenversammlung des V. S. K. in Luzern

Jede demokratische Gemeinschaft lebt solange wirklich und vermag sich weiter zu entwickeln, als sich deren Leitung getragen weiss vom Vertrauen der Glieder und solange als deren Träger von der gemeinsamen Aufgabe zutiefst durchdrungen sind.

So gesehen bedingt Demokratie in erster Linie die Möglichkeit gemeinsamen Gespräches derjenigen, die im Auftrage der Glieder zu handeln haben, mit den Trägern dieser Gemeinschaft. Jede Genossenschaft ist so stark wie der Wille ihrer Mitglieder zu ihrem Werk zu stehen, es zu fördern und so wie es ihnen Dienste leistet, es auch nach Kräften zu unterstützen.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten den V. S. K. betrachten, so erscheint uns erstes Erfordernis ein lebendiges Zusammengehörigkeitsgefühl, das Bewusstsein der Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen und der Wille, allen Schwierigkeiten auf demokratische Art zu begegnen. Alljährlich gibt uns am besten die Delegiertenversammlung unseres Verbandes Auskunft auf die

Blick auf die Delegiertenversammlung des V. S. K. im Kongresshaus in Luzern



Frage, ob dieses wechselseitige Vertrauen und der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden sind oder nicht.

Wenn wir an der Zahl derer, die wiederum an der diesjährigen Delegiertenversammlung sich einfanden, zu messen versuchen, wie weit dieses lebensnotwendige Vertrauen vorhanden ist, dann dürfen wir ohne Vorbehalt bekennen, dass der V. S. K. eine wirklich demokratische von unten nach oben aufgebaute Wirtschaftsorganisation ist, die keinen andern Zweck verfolgt, als den ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften zu dienen.

Neben den an die 1000 Delegierten hatten sich zahlreiche Gäste in Luzern eingefunden und wir fühlen uns verpflichtet, bei dieser Gelegenheit den Genossenschafterinnen und Genossenschaftern aus der ganzen Schweiz ein besonderes Kränzchen zu winden, weil an den beiden Sitzungen des Samstags der weitaus grösste Teil aller Delegierten von Anfang bis zum Schlusse anwesend waren.

Das will angesichts der herrschenden Temperatur und der zahlreichen Verlockungen, die dem Besucher die Leuchtenstadt bietet, schon ausserordentlich viel heissen. Dass darüber hinaus die Anwesenden aber wirklich mitgingen, den Verhandlungen folgten, ist der Beweis dafür, dass in den beiden Referaten des Präsidenten der Verbandsdirektion und des Direktors der Genossenschaftlichen Zentralbank die wesentlichen Aufgaben, die unserm Verbande heute gestellt sind, aufs klarste umrissen wurden.

Vielleicht erklärt sich die Tatsache, dass insbesondere nach dem mit grossem Beifall entgegengenommenen Referat von Prof. Dr. Max Weber sich kein Delegierter zum Wort meldete, damit, dass in dessen Worten eigentlich schon alles enthalten war, was im heutigen Augenblick eine Versammlung wie diejenige von Luzern von ihren leitenden Leuten erwarten kann. Es ist vielleicht ein Nachteil, dass in einem solchen Moment nicht auch aus dem Kreise der Mitglieder selbst, also der lokalen Genossenschaften, das Uebereinstimmen der Meinungen und des Wollens zwischen Gliedern und Leitung zum Ausdruck gebracht wird, wobei allerdings zu bemerken ist, dass sich eine derartige Versammlung nicht besonders gut zu einer fruchtbaren Diskussion eignen mag. Dazu kommt aber auch, dass die föderalistische Struktur unseres Verbandes es stets jedem einzelnen Verbandsverein und seinen Gliedern ermöglicht, über die Kreisverbände und deren Konferenzen seine Wünsche und Anregungen an die Verbandsleitung weiterzugeben. Die Bedeutung der Delegiertenversammlung liegt denn auch eher darin, dass sie zur Aufgabe hat, vor unserm ganzen Lande auf die Genossenschaftsbewegung, deren Ziele und Leistungen hinzuweisen, während an den Kreiskonferenzen, die in der Regel unbeachtet von der Oeffentlichkeit abgehalten werden, viel besser Gelegenheit geboten ist, zum Meinungs- und Gedankenaustausch.

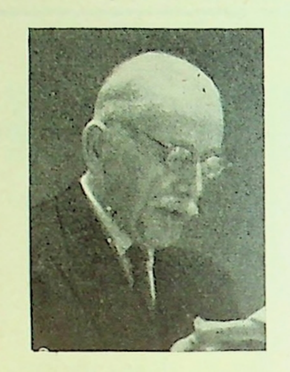
Im kleineren Kreise wird ja übrigens auch während der Delegiertenversammlung immer wieder die Gelegenheit benützt, sich kennen zu lernen, sich auszusprechen und seine Meinungen und Ansichten auszutauschen. Und hier liegt neben der Demonstration nach aussen vielleicht die grösste Bedeutung der Delegiertenversammlungen überhaupt, kommen doch nur einmal im Jahr die Vertreter *aller* schweizerischen Konsumgenossenschaften zu einer derartigen Tagung zusammen.

Am 12. Januar dieses Jahres waren 60 Jahre vergangen seit der Gründung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine. Die Luzerner Tagung stand im Zeichen dieses 60. Geburtstages, der aber, wie es sich in einer demokratischen Organisation gebührt, nicht Anlass war zu einem grossen Fest, sondern nur dazu diente, die Wegstrecke zu messen, die bis heute zurückgelegt worden ist, um sich neu zu stärken für die vor uns liegende Arbeit.

Zum zweiten Mal leitete

Nationalrat Francesco Rusca,

Präsident des Verwaltungsrates des V. S. K., die Delegiertenversammlung. Er begrüsste allen voran den Vertreter unserer obersten Landesbehörden, Bundesrat Dr. *Karl Kobelt*, die Vertreter des Standes und der Stadt Luzern, Regierungsrat *E. Wismer* und Stadtrat *P. Fröhlich*, der ja in unserer Bewegung als früherer Chefbuchhalter des Allg. Konsumvereins Luzern kein Unbekannter ist.



Daneben hatten sich Vertreter von nicht weniger als 13 ausländischen Schwesterorganisationen eingefunden, nämlich des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, der Grosseinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG), Hamburg, des britischen Genossenschaftsverbandes, Manchester, der englischen Grosseinkaufs-Gesellschaft, Manchester, des Zentralverbandes der österreichischen Konsumgenossenschaften «Konsumverband», Wien, des belgischen Genossenschaftsverbandes, des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften Finnlands, Helsinki, der Grosseinkaufs-Gesellschaft der Konsumgenossenschaften Finnlands, Helsinki, des französischen Genossenschaftsverbandes Paris, der Grosseinkaufs-Gesellschaft französischer Konsumgenossenschaften, Paris, des Niederländischen Genossenschaftsverbandes, Rotterdam, des norwegischen Genossenschaftsverbandes, Oslo, des schwedischen Genossenschaftsverbandes, Stockholm, sowie ein Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Delegierte des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz, Vertreter des Bundes der schweizerischen Genossenschaftsjugend, des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, Zürich, und des Verbandes sozialer Baubetriebe. Ihre Grüsse hatten ferner übermittelt, ohne indessen Delegierte abzuordnen, der Internationale Genossenschaftsbund, die genossenschaftlichen Landesorganisationen Dänemarks, Italiens, der Tschechoslowakei, der Vereinigten Staaten sowie die schottische Grosseinkaufsgesellschaft.

Besonderen Gruss entbot schliesslich der Vorsitzende den Genossenschaftern *Flach*, Winterthur, und *Tschamper*, Bern, die ihr Leben zu einem schönen Teil der Genossenschaft und ihren Aufgaben gewidmet hatten, deren einer während Jahrzehnten dem Konsumverein Winterthur als Verwalter, deren anderer während ebenso

langer Zeit dem Kreisverband IIIa als Präsident gedient hatte und die beide auch während langen Jahren im Verwaltungsrat des V. S. K. mitgearbeitet hatten.

Nach einem Hinweis auf das 60jährige Bestehen des V. S. K. und das, was bis heute erreicht worden ist, erklärte der Vorsitzende der Delegiertenversammlung, dass im gleichen Sinn und Geist der V. S. K. weiter arbeiten werde. Die politische und konfessionelle Neutralität werde ihm dabei wegleitend bleiben.

Er gab seinem Bedauern über die gegenwärtig so scharfen Auseinandersetzungen zwischen Gewerbeverband und Genossenschaften Ausdruck und wies hin auf die betrübliche Tatsache, dass der Kampf gegen die Genossenschaften in immer stärkerem Masse auf das politische Gebiet verschoben wird. Immerhin werden diese Angriffe die Genossenschaften nur stärker machen und ihre Entschlossenheit, den Mitglieder zu dienen, nur stärken.

*

Als erster Redner ergriff hierauf

Bundesrat Dr. Karl Kobelt

das Wort, um im Namen des Bundesrates der 61. Delegiertenversammlung des V. S. K. Grüsse zu überbringen. Wir lassen hier die Ausführungen von Bundesrat Kobelt im Wortlaut folgen:

Der Bundesrat wollte es sich nicht nehmen lassen, dieses Jahr wieder durch eines seiner Mitglieder dem V. S. K. seine besten Grüsse überbringen zu lassen und die grosse Bedeutung und die Verdienste Ihres Verbandes und der ihm angeschlossenen Genossenschaften zu würdigen.

Das Genossenschaftswesen ist so alt wie die Eidgenossenschaft selbst. Die Genossenschaftsidee, die bis auf den heutigen Tag zu den Grundlagen unseres Staatswesens gehört, entsprang dem Willen zur Selbsthilfe freier Männer durch Verständigung im demokratischen Staate.

Wenn sich die Genossenschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten auf den verschiedensten Gebieten und insbesondere auf dem Gebiete der Warenvermittlung, die sich der V. S. K. zum Ziele gesetzt hatte, in so beachtenswerter Weise entwickeln konnte, ist dies nicht zuletzt den liberalen Grundsätzen, wie sie in den Bestimmungen der Bundesverfassung über die Handels- und Gewerbefreiheit festgelegt wurden, zuzuschreiben. Ihr Verband hat sich denn auch bei den Beratungen der Wirtschaftsartikel erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Freiheit des Handelns im Wirtschaftsleben nicht allzusehr eingeengt werde.



In der freiheitlich demokratischen Atmosphäre war es den Genossenschaften möglich, gross und stark zu werden. Ausfluss der Freiheit ist die Vielgestaltigkeit, die zu den Besonderheiten des schweizerischen Volkskörpers gehört, in dem nicht nur verschiedene Sprachen, Religionen, politische Weltanschauungen und Parteien, sondern auch verschieden geartete Wirtschaftsformen nebeneinander bestehen. Dieses Nebeneinander ist nur möglich nach dem Grundsatz: leben und leben lassen. Der Inanspruchnahme der Freiheitsrechte und des freien Wettbewerbes sind denn auch Schranken gesetzt, Schranken der Rücksichtnahme auf andere, die in andern Wirtschafts- und Betriebsformen für ihre Existenz kämpfen und die befürchten, durch Grossunternehmungen erdrückt zu werden. Wie sollte der V. S. K., der sich zum Ziele setzt, dem kleinen Mann im Volke zu dienen, nicht volles Verständnis für alle andern kleinen Existenzen aufbringen?

Die Konsumgenossenschaften und Ihr Verband haben sich immer bemüht, eine Selbsthilfeorganisation zu bleiben und sich vor zu weitgehenden staatlichen Eingriffen zu schützen.

Es ist Selbsthilfe auf einer höhern Ebene, wenn sich die verschiedenen Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftszweige zu verständigen suchen, um daurch zu verhindern, dass sich der Staat gezwungen sieht, einzugreifen und ihre Selbständigkeit und freie Entwicklung zu beengen. Genossenschaften können sich nur im freiheitlich demokratischen Staate entwickeln. Verstaatlichte Genossenschaften sind — wie ein Blick nach Osten zeigt — keine Genossenschaften mehr.

Mag auch der Kampf um die als richtig erkannte Sache hart sein und mag der Weg der Verständigung unter verschiedenen Wirtschaftsgruppen und politischen Parteien noch so steinig erscheinen, er muss immer wieder aufs neue gesucht und beschritten werden, wenn die demokratischen Freiheitsrechte des Schweizervolkes gewahrt und Einigkeit und Friede im Innern des Landes erhalten werden sollen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die neuen Anstrengungen, die unternommen werden müssen, um die schwere Aufgabe der Bundesfinanzreform zu lösen, und sie muss gelöst werden. An einem Versagen unserer demokratischen Einrichtungen oder der Störung des innern Friedens hätten nur die Mächte der innern Zersetzung ein Interesse.

Einigkeit und Friede im Innern des Landes können angesichts der Ungewissheit der künftigen Wirtschaftslage und der Gefahren, die unserem Lande von aussen drohen können, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wenn der Bundesrat sich verpflichtet sieht, alle Vorkehren auf wirtschaftlichen und militärischen Gebieten zu treffen, um auch Zeiten von Not und Gefahr überstehen zu können; so ist damit weder beabsichtigt dem Volke Angst einzujagen oder, wie Böswillige behaupteten, alte Ladenhüter abzusetzen, sondern diese Massnahmen entsprechen notwendiger Vorsorge und sind Ausdruck unseres Neutralitäts- und Unabhängigkeitswillens. Die Empfehlung der Anlage von Haushaltungsvorräten ist durch keine akute äussere Gefahr bedingt. Sie war angesichts der unerfreulichen Weltlage seit langem vorgesehen, wurde aber immer wieder zurückgestellt, solange im benachbarten Ausland Mitmenschen an Hunger litten und solange die Kosten unserer Lebenshaltung nicht zurückgingen.

Die Anlage von Haushaltungsvorräten ist nötig, um die Lagervorräte des Landes zu erhöhen, ohne allzu kostspielige Lagerräume zu beschaffen und im Falle der Gefahr die Rationierung störungsfrei einzuleiten. Im Falle eines Krieges wäre ein Zugriff des Gegners auf die dezentralisierten Lebensmittelvorräte ganz wesentlich erschwert.

Ich möchte in hohem Masse anerkennen, dass der V. S. K. diesen Massnahmen volles Verständnis entgegenbringt und dafür danken, dass er tatkräftig mithilft, sie durchzuführen.

Ich schliesse, indem ich Ihrem Verbande und den angeschlossenen Organisationen auch weiterhin eine erfolgreiche Tätigkeit und erfreuliche Entwicklung zum Wohle der schweizerischen Allgemeinheit wünsche.

*

Regierungsrat J. Wismer

sprach im Namen des Kantons und der Stadt Luzern. Er wies eingangs auf seine Bekanntschaft mit einem der massgebenden Begründer des V. S. K., Prof. Johann Friedrich Schär, hin und zollte dem AKV Luzern besondere Anerkennung für seine wertvolle Tätigkeit im Dienste der luzernischen Konsumenten. Der Jahresbericht des V. S. K. hat ihm einen erfreulichen Eindruck von der vielgestaltigen Tätigkeit des Verbandes vermittelt, gibt er doch Aufschluss über eine von wirklich solidarischem Handeln getragene Tätigkeit. Seinen Aufgaben, die Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgütern zu organisieren, kommt der Verband in ausgezeichneter Weise nach und hat daneben eine erfreuliche Anzahl sozialer Institutionen ins Leben gerufen.



Möge der Luzerner Tagung des V. S. K. den Verband einen Schritt weiterführen und der ganzen Genossenschaftsbewegung dienen.

*

Den Reigen der Ansprachen ausländischer Genossenschaftsfreunde eröffnete

Marcel Brot,

Präsident des französischen Genossenschaftsverbandes, der gleichzeitig auch im Namen des Internationalen Genossenschaftsbundes und der Grosseinkaufs-Gesellschaft französischer Konsumgenossenschaften der Delegiertenversammlung die besten Grüsse und Wünsche überbrachte.

Im IGB, dessen Exekutivkomitee er angehört, hat er schon oft Gelegenheit gehabt, die wertvolle Mitarbeit der schweizerischen Vertreter würdigen zu können.

Leider ist die freie und freiwillige Genossenschaft, worauf schon der Vertreter des Bundesrates hingewiesen hat, nicht mehr in allen Ländern anzutreffen, und es ist schon so, dass die Genossenschaft nur in der Demokratie gedeiht und sich entfalten kann. Wenn der IGB trotzdem mit den Genossenschaftsbewegungen des Ostens weiterhin zusammenarbeitet, so glauben wir, dass er gut daran tut, weil damit mindestens die Brücken zwischen dem Westen und dem Osten bestehen bleiben.

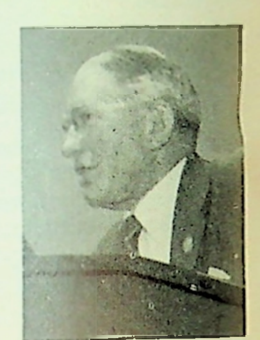
Was die französische Genossenschaftsbewegung angeht, so haben wir gerade vor 14 Tagen anlässlich unseres Strassburger Kongresses von erfreulichen Fortschritten Kenntnis nehmen können. Wir können darüber hinaus feststellen, dass es ähnliche Probleme sind, die Ihre und unsere Bewegung beschäftigen. Mit besonderer Genugtuung haben wir in Frankreich immer wieder feststellen dürfen, eine wie grosse Bedeutung die schweizerische Bewegung dem Gedanken der genossenschaftlichen Weiterbildung einräumt, die für uns beispielhaft deshalb ist, weil nach unserer Ueberzeugung die Idee letzten Endes über Weiterbestehen oder Untergang der Genossenschaftsbewegung entscheiden wird. Es genügt nicht, dass unsere Genossenschaften gut verwaltet sind, nötig ist auch, dass die Ideale der Gründer lebendig bleiben, weshalb eine stete Erziehung notwendig ist.

*

Als Vertreter des britischen Genossenschaftsverbandes und der englischen Grosseinkaufsgesellschaft überbrachte

A. Davies

die Grüsse der englischen Genossenschafter und wies darauf hin, dass die Zahl der Mitglieder der englischen Konsumgenossenschaften 10 Millionen überschritten hat, während der Detailhandelsumsatz 1949 550 Millionen Pfund Sterling erreichte. Vor 50 Jahren bezifferte sich dieser Umsatz bei einer Mitgliederzahl von rund 1,7 Millionen auf nur 50 Millionen Pfund. Heute zählt allein die London Co-operative Society, die grösste Konsumgenossenschaft der Welt, mehr als eine Million Mitglieder.



Die englische Konsumgenossenschaftsbewegung ist vor allem auf dem Gebiet der Selbstbedienung führend und errichtet heute schätzungsweise durchschnittlich 3 neue Selbstbedienungsläden in der Woche.

Im Namen der britischen Genossenschafter wünscht deren Vertreter den Delegierten eine weitere erfolgreiche Arbeit innerhalb der schweizerischen Genossenschaftsbewegung.

*

Im Namen des Zentralverbandes und der Grosseinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, sprach

Richard Wilhelm

vom Vorstand des Zentralverbandes. Er wies einleitend auf die im Jahre 1941 erfolgte Uebernahme der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung durch das Gemeinschaftswerk der deutschen Arbeitsfront hin und machte auf die grossen Schwierigkeiten der Wiederaufrichtung der deutschen Bewegung aufmerksam.



Erst 1946 haben wir die Erlaubnis zur Wiedererrichtung der Genossenschaften erhalten, aber heute noch ist die Vermögensrückübertragung nicht vollständig abgeschlossen worden. Ende 1949 zählte die Genossenschaftsbewegung Westdeutschlands rund eine Million Mitglieder, während die Zahl der Verteilstellen 6100 erreicht hatte. Der Gesamtumsatz betrug 1949 713 Millionen D-Mark, wovon 100 Millionen auf die Eigenproduktion entfielen.

Durch den Krieg ist unsere Bewegung ausserordentlich stark geschädigt worden, und noch heute sind es Hunderte von Läden, die noch nicht wieder errichtet werden konnten. Die Eigenkapitalgrundlagen sind zerstört worden, wie ja in Deutschland heute überhaupt

ein grosser Kapitalmangel herrscht. Es wird noch vieler Jahre bedürfen, bis wir nur den Stand von 1930 wieder erreicht haben.

Die Grosseinkaufsgesellschaft konnte im vergangenen Jahre ihren Umsatz auf 343 Millionen Franken steigern, wobei vor allem der Umsatz an Eigenprodukten zu besonderer Genugtuung Anlass gibt.

Die westdeutsche Bewegung wird auch unter erschwerten Umständen ihren Teil beitragen zum Ausbau der internationalen Genossenschaftsbewegung, wobei uns immer wieder das schweizerische Beispiel vor Augen schwebt.

*

Im Auftrag der vertretenen finnischen Schwesterorganisationen überbrachte

Dr. U. Takki

die Grüsse Finnlands, und auch er weist auf die grossen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus hin. Der vom Redner vertretene Verband zählt heute 477 000 Mitglieder, während es vor Kriegsausbruch nur deren 332 000 waren. In Schweizer Franken umgerechnet erreichte der Grosshandelsumsatz im vergangenen Jahre etwa 355 Millionen und beträgt damit 15 Prozent des gesamten finnischen Grosshandelsumsatzes — Wir wollen im Frieden arbeiten, der die einzige Möglichkeit genossenschaftlicher Entfaltung bietet.



*

Der Zentralverband der österreichischen Konsumgenossenschaften Wien war vertreten durch

F. Petri,

der einleitend vor allem auf die innige Verbundenheit der österreichischen mit der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung hinwies. Die Schweiz ist für uns in Oesterreich ein Vorbild zu besserer eigener Leistung, und wir werden darüber hinaus nie vergessen, wie uns die Schweizer Genossenschafter nach Kriegsschluss beigestanden sind.



Unsere Bewegung hat 1949 endlich das seinerzeit auf die deutsche Arbeitsfront übertragene Vermögen zurückerhalten können. Die Verluste, die wir erlitten haben, sind ausserordentlich schwer, und es wird lange dauern, bis der Wiederaufbau vollendet ist. Die österreichischen Konsumgenossenschaften erzielen heute in gegen 1300 Abgabestellen einen Umsatz von über 700 Millionen Schilling und zählen heute wiederum 200 000 Mitglieder.

Wir hoffen im nächsten Herbst, anlässlich der schweizerisch-österreichischen Genossenschaftswoche, in Wien unser neues Bildungsheim eröffnen zu können und hoffen dabei, schweizerische Vertreter als unsere Gäste willkommen heissen zu dürfen.

Für den belgischen Genossenschaftsverband sprach

G. Listré,



der darauf hinweist, dass den 40 dem Verband angeschlossenen Konsumgenossenschaften über 340 000 Mitglieder angehören, die rund 1100 Filialen besitzen, wovon 280 als Volkshäuser geführte Gaststätten sind. Etwa 16 Prozent der belgischen Bevölkerung sind dieser Bewegung angeschlossen. Der Delegiertenversammlung und der schweizerischen Genossenschaftsbewegung überhaupt entbieten auch die belgischen Genossenschaften ihre besten Grüsse und Wünsche.

*

P. Soeiland

entbot im Namen des norwegischen Genossenschaftsverbandes der Delegiertenversammlung und der schweizerischen Genossenschaftsbewegung überhaupt die besten Wünsche und weist auf die Anstrengungen der norwegischen Genossenschaften hin, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. In Norwegen gibt es über 1100 Konsumgenossenschaften, die 270 000 Mitglieder zählen und im vergangenen Jahre einen Umsatz von 530 Millionen Kronen erreichten. Gross sind die Schwierigkeiten, die sich den norwegischen Genossenschaftern vor allem in bezug auf den Wiederaufbau entgegenstellen. Daneben haben uns bis heute gesetzliche Bestimmungen an der Eröffnung neuer Filialen gehindert.



Neben den Konsumenten sind es vor allem die Bauern und die Fischer, die über viele und vor allem auch starke Genossenschaften verfügen.

*

J. J. Bekkering,

der als Abgeordneter des niederländischen Genossenschaftsverbandes sprach, wies darauf hin, dass zum ersten Mal auch die holländischen Genossenschafter Gelegenheit haben, anlässlich einer Delegiertenversammlung des V. S. K. den Delegierten direkt ihre Grüsse und Wünsche überbringen zu können. Die holländische Genossenschaftsbewegung ist weniger ausgebaut als es die schweizerische ist. Die Grosseinkaufsgesellschaft erreichte 1949 einen Umsatz von 64 Millionen Gulden; währenddem die ihr angeschlossenen Konsumgenossenschaften einen solchen von 130 Millionen aufwiesen, den sie in den 1100 Läden der 300 Genossenschaften mit etwa 300 000 Mitgliedern erzielten.



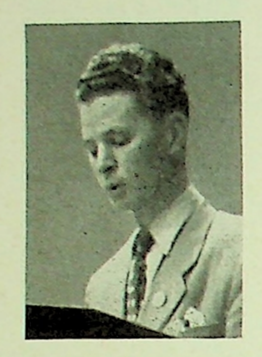
Wir hoffen, dass wie unsere auch die schweizerische Genossenschaftsbewegung sich zum Segen der Konsumenten weiter entwickeln möge.

*

Den Reigen der ausländischen Gäste schloss

R. Andersson,

der als Vertreter des schwedischen Genossenschaftsverbandes auf die grosse Bedeutung der schwedischen Genossenschaftsbewegung hinweisen kann. Die 634 Konsumgenossenschaften zählen gegenwärtig etwas über 930 000 Mitglieder. Der gesamte Umsatz erreichte im Jahre 1949 1 Milliarde 550 Millionen Kronen, wobei ziemlich genau ⅓ auf Produkte der verbandseigenen Unternehmungen entfielen. Daneben messen wir aber auch der Weiterbildung unserer Mitglieder grösste Bedeutung zu. Ueber 17 000 Genossenschafter beteiligten sich im vergangenen Jahre an den Studienzirkeln und 1250 Personen folgten den von der Genosschaftsschule veranstalteten Kursen.



Es ist an uns, gemeinsam den Gedanken der Genossenschaft weiter zu entfalten und den freien Austausch zwischen den Ländern zu fördern. Wir haben diesen Austausch nötig, um unserer Aufgabe, den Konsumenten zu dienen, immer besser gerecht werden zu können.

*

Nach diesen zahlreichen Begrüssunganspracnen, die den Delegierten unserer Vereine einen gewissen Ein- und Ueberblick über die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Ländern gaben, schritt die Versammlung zur Wahl ihres Vizepräsidenten. Auf Vorschlag des Allg. Konsumvereins Luzern wurde dessen Aufsichtsratspräsident

Gottlieb Halder

einstimmig zum Vizepräsidenten der Delegiertenversammlung erkoren. Er dankte für seine Wahl und hiess gleichzeitig die Vertreter der im V. S. K. zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften namens der Behörden des AKV Luzern herzlich willkommen. Aus diesen Tagungen schöpfen wir neue Kräfte. Sie zeigen so recht die Verbundenheit unter Genossenschaftern. Diese ist heute um so nötiger, als wir steten Angriffen ausgesetzt sind. Wir hoffen aber, dass wir gemeinsam der Schwierigkeiten Herr werden und dass nicht durch neue Einschränkungen seitens des Staates die Aufgabe der Konsumgenossenschaften erschwert werden kann.

*

Dass in unserer Bewegung besonders auch die Genossenschafterinnen die ihnen zukommende Rolle spielen sollen und dass ihnen vor allem auch die gleichen Rechte eingeräumt sind, erwies die Tatsache, dass in der Person von

Frau Ella Egli,

Präsidentin des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz, die genossenschaftlich organisierten Frauen den Delegierten ihre Grüsse und Wünsche übermitteln liessen. Frau Egli dankte eingangs für die Hilfe, die bei der Gründung genossenschaftlicher Frauenvereine der KFS vielerorts erfahren durfte. Im Jahre 1942 zählte unser Bund nur 2900 Mitglieder. Heute sind es in 84 Sektionen insgesamt 6750. Es ist für die Konsumgenossenschaftsbewegung von ausserordentlicher Bedeutung, dass die Frauen mitmachen. Deshalb appelliert die Rednerin insbesondere an die lokalen Vereine, sie möchten die Bestrebungen des KFS unterstützen, um die Frauen für die aktive Mitarbeit innerhalb der Genossenschaften zu gewinnen.



*

Schliesslich ergriff noch namens des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dessen Präsident

Robert Bratschi

das Wort. Er wies auf die guten Beziehungen hin, die zwischen dem V. S. K. und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund bestehen. Vor allem erfreulich scheint ihm die Tatsache, dass an dieser Delegiertenversammlung auch die Vertreter des Bauernstandes erschienen sind. Gäbe es in unserem Lande überhaupt eine schönere Koalition als diejenige von Genossenschaften, Gewerkschaften und Bauern?

Wir freuen uns über die Fortschritte, die der V. S. K. als grösster Wirtschaftsverband unseres Landes wiederum zu verzeichnen hat, wir freuen uns darüber um so mehr, als wir auf gemeinsame Werke der Genossenschaften und Gewerkschaften, wie die Genossenschaftliche Zentralbank, die Coop-Lebensversicherungs-Genossenschaft sowie auch die Schweizer Reisekasse und die Popularis hinweisen können.

In den grossen Landesfragen ergibt sich gewöhnlich eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften. Bei Problemen sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur gehen die Interessen von Genossenschaften und Gewerkschaften parallel. Der Redner weist hin auf die Volksabstimmungen über die AHV, das Beamtengesetz und die Bundesfinanzreform. Die beiden grossen Organisationen haben es in der Hand, den sozialen Rückschritt zu verhindern.

Hinter den gegenwärtig gegen den V. S. K. gerichteten Angriffen, die nur Vorwände sind, verbergen sich egoistische Ziele. Diese Angriffe sind sinnlos und zum Misserfolg verurteilt. Der V. S. K. lässt sich aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr wegdenken und stellt einen wichtigen Faktor der Sozialpolitik dar. Alle unsere Organisationen sind im Kampf gross geworden. So kann ihnen Kampf nicht schaden, sondern sie höchstens stärken.

In der Genossenschaftspresse habe ich gesehen, dass das 60jährige Bestehen des V. S. K. unter dem Zeichen der Freiheit und der Demokratie steht. Ich entbiete dem V. S. K. und der ganzen Genossenschaftsbewegung die besten Wünsche und weiss, dass der V. S. K. und die Genossenschaften ihre segensreiche Tätigkeit im Dienst des Schweizervolkes fortsetzen werden.

*

Gewiss, die grosse Zahl der Begrüssungsansprachen seitens der Gäste belastete die erste Sitzung der Dele-

giertenversammlung nicht wenig, auf der andern Seite legten diese aber Zeugnis von der Verbundenheit unserer Genossenschaftsbewegung mit Schwesterorganisationen der ganzen Welt dar und zeigten deutlich die Bedeutung, die auch in andern Kreisen der Schweiz den Genossenschaften beigemessen wird.

*

Im Anschluss an diese Ansprachen erteilte der Präsident das Wort dem Präsidenten der Verbandsdirektion,

Prof. Dr. Max Weber,

der zum Jahresbericht, der Jahresrechnung und den dazu gestellten Anträgen sprach. Es erübrigt sich hier, auf die Ausführungen des Präsidenten der Verbandsdirektion hinzuweisen. Der Leser findet an anderer Stelle dieser Ausgabe die Rede von Prof. Max Weber vollinhaltlich wiedergegeben.

Gemäss dem Antrag der Verbandsbehörden wurden hierauf Jahresbericht und Jahresrechnung über das Jahr 1949 einstimmig genehmigt und der Verwendung des Ueberschusses gemäss Vorschlag zugestimmt.

Anstelle des kürzlich verstorbenen Mitgliedes des Verwaltungsrates Louis *Klethi*, dessen Verdienste um die Genossenschaftsbewegung zugleich mit denen des ebenfalls verstorbenen früheren Präsidenten der Verbandsdirektion, Maurice *Maire*, vom Vorsitzenden gewürdigt wurden, wurde Eugen *Stoll*, Mitglied der Direktion des ACV beider Basel, zum neuen Mitglied des Verwaltungsrates gewählt. Wir werden in der nächsten Nummer des «Schweiz. Konsum-Vereins» das neue Mitglied des Verwaltungsrates unsern Lesern vorstellen.

Zum neuen Mitglied der Kontrollstelle wurde für das ausscheidende Zofingen die Konsumgenossenschaft *Interlaken* und Umgebung gewählt.

*

Den zweiten Höhepunkt der Delegiertenversammlung bildete neben dem Referat des Direktionspräsidenten dasjenige von

Dr. h. c. Heinrich Küng,

der über «Sinn und Aufgabe der Genossenschaften in der Wirtschaft» sprach. Der Raummangel zwingt uns dazu, die Wiedergabe dieses ausgezeichneten und eindrücklichen Referates, das wir unsern Lesern in seinem vollen Inhalt unterbreiten möchten, auf die nächste Nummer zu verschieben.

Schliesslich wurde *Genf* auf Vorschlag des dortigen Verbandsvereins einstimmig als Ort der nächsten Delegiertenversammlung bezeichnet.

*

Einen besonders erfreulichen Ausklang nahm die Delegiertenversammlung damit, dass es den beiden Vertretern des Bundes der schweizerischen Genossenschaftsjugend vorbehalten war, kurz vor Schluss der Verhandlungen die Verbundenheit der Genossenschaftsbewegung mit der Jugend zu dokumentieren und damit auch zu zeigen, dass junge Kräfte am Werk sind, die die Aufgabe der vergehenden Generationen zu übernehmen gewillt sind.

Othmar Haller

dankte für das der Jugend innerhalb der Genossenschaftsbewegung gewährte Heimatrecht und wies auf die Unterstützung seitens des V. S. K. und der einzelnen Genossenschaften hin, die der Jugend immer wieder zuteil wird. Unsere Jugendbewegung muss stärker werden, sie bedarf der weitern Hilfe der Genossenschaften. Nötig ist aber auch, dass den Jungen, die in der Bewegung stehen, Verantwortung übertragen wird. Die Jugend ist gewillt, in einem mit Realismus gepaarten Idealismus fern aller Utopien mitzuarbeiten und ihr Bestes zu geben.

*

Der Vertreter der westschweizerischen Genossenschaftsjugend

Claude Merker

entbot seinerseits der Delegiertenversammlung beste Grüsse und Wünsche und auch er dankte der ganzen Genossenschaftsbewegung für die der Jugend immer wieder geleistete Unterstützung. Die Jugend erwartet viel von der Genossenschaftsidee. Es ist unser Ziel, immer mehr Jugendliche zur Mitarbeit zu gewinnen. In unsern Gruppen gewinnen die Jugendlichen Vertrauen zum Leben, erhalten Einblick in die Genossenschaftsbewegung, was der Genossenschaft den Weg in die Zukunft erleichtern kann. Das aber ist erstes Anliegen der Genossenschaftsjugend.

Nach diesem in die Zukunft weisenden Ausklang konnte die in allen Beziehungen gut verlaufene 61. ordentliche Delegiertenversammlung des V. S. K. geschlossen werden. Es bleibt uns nur zu hoffen, dass das, was in Luzern gesät worden ist, reiche Frucht bringe in der Genossenschaftsbewegung unseres ganzen Landes. Wenn das der Fall ist, dann hat auch die 61. Delegiertenversammlung ihre Aufgabe erfüllt! M.

Kurs für Leiter von Studienzirkeln

17. bis 22. Juli

Der diesjährige Kurs für Leiter Genossenschaftlicher Studienzirkel wird in üblicher Weise im Genossenschaftlichen Seminar *Freidorf* durchgeführt. Im Verlaufe der sechs Tage haben die Teilnehmer Gelegenheit, sich in eines der drei folgenden Gebiete einzuarbeiten:

1. *Die Grundsätze der Redlichen Pioniere von Rochdale (Einführung* in die ideelle Tätigkeit)
2. *Probleme der Hausfrau*
3. *Die schwedische Genossenschaftsbewegung* (empfohlen besonders für Genossenschafter, die mit grundsätzlichen Fragen schon vertraut sind).

Das Programm enthält zudem eine Reihe von Vorträgen, Diskussionen, Besichtigungen usf. Auch werden Anleitungen zur Gründung und Führung der Zirkel gegeben.

Die Einladung ergeht an *alle interessierten Genossenschafterinnen und Genossenschafter*, ganz besonders an die *Behördemitglieder* und *Mitarbeiter in unseren Vereinen.* Dort, wo es Genossenschaften nicht möglich ist, sich aus dem Kreise der Behördemitglieder oder Angestellten vertreten zu lassen, ersuchen wir sie, andere geeignete Personen auf den Kurs aufmerksam zu machen und diese zur Teilnahme aufzumuntern. Auch wenn es sehr erwünscht ist, dass die Teilnehmer nachher Zirkel leiten, so besteht keine Verpflichtung hierzu.

Die *Kosten* sind minim; Kursgeld wird keines erhoben, an die Pensionskosten sind je Tag und Person Fr. 3.50 zu leisten.

Anmeldungen an das *Departement Presse und Propaganda,* Abteilung Studienzirkel, wo auch jede gewünschte Auskunft erteilt wird.

Referat von Prof. Dr. Max Weber an der Delegiertenversammlung in Luzern

17. 6. 50

Vor einem Jahr stellte ich fest, dass die günstige Periode der Nachkriegskonjunktur vorbei sei und eine rückläufige Entwicklung sich anbahne, wenn auch vorerst keine eigentlichen Krisenerscheinungen zu erwarten seien. Der Höhepunkt der Konjunktur, das heisst der maximale Stand der Beschäftigung und der Verdienste wurde im ersten Halbjahr 1948 erreicht. Seither ist ein langsames Abflauen der Beschäftigung eingetreten.



Die Zahl der Fabrikarbeiter betrug im September 1948 531 353, 50% mehr als 1938 und sogar 71% mehr als im Krisenjahr 1936. Im Herbst des letzten Jahres war gegenüber dem Höchststand von 1948 ein Rückgang um 34 484 Fabrikarbeiter oder 6,5% erfolgt, und nach den vierteljährlichen Erhebungen des Biga ist seit zwei Jahren ein Beschäftigungsrückgang von 10,3% eingetreten. Die Arbeitslosigkeit hat sich glücklicherweise nicht in entsprechendem Masse erhöht, da durch die Einschränkung der Einreise ausländischer Arbeitskräfte eine Entlastung unseres Arbeitsmarktes bewirkt wurde.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Beschäftigung in anderen Wirtschaftszweigen, wie Landwirtschaft, Verkehr, auch Handel, ziemlich stabil geblieben ist, so dass der Beschäftigungsrückgang für die ganze Volkswirtschaft geringer war, als in der erwähnten Zahl zum Ausdruck kommt. Ausserdem hat sich das reale Einkommen infolge der Senkung der Lebenshaltungskosten um nahezu 2% vermehrt, jedenfalls für alle, die keine Schmälerung ihrer nominellen Verdienste erleiden mussten.

Die Kaufkraft des Schweizervolkes insgesamt hat sich daher bis jetzt nur unwesentlich vermindert. Der Rückgang dürfte sich ungefähr zwischen 3 und 4% bewegen. Das ist auch deutlich erkennbar an der Entwicklung der Umsätze im Detailhandel, die im Jahre 1949 im Durchschnitt nur wenig unter denen des Vorjahres standen und im ersten Halbjahr 1950 keine weitere Verminderung erfahren haben.

Die *Ursachen der Konjunkturabschwächung* liegen in folgenden Faktoren: Auf dem Weltmarkt für Nahrungsmittel und Rohstoffe ist ein Preisrückgang eingetreten infolge von Ernteüberschüssen. Dazu kam die Produktionsvermehrung in der Industrie, die zu rascherer Belieferung und verschärfter Konkurrenz führte. Infolgedessen deckte sich der Handel nicht mehr für längere Zeit ein, sondern bemühte sich, die Lager abzubauen, was in einzelnen Branchen vorübergehend eine Produktionsverminderung zur Folge hatte.

Der Preiseinbruch wäre wahrscheinlich viel stärker gewesen, wenn er nicht durch folgende Umstände gehemmt worden wäre: Erstens hat die *Marshallhilfe* den infolge des Krieges verarmten Ländern zusätzliche Kaufkraft gewährt und dadurch die Nachfrage vermehrt. Zweitens hat die grosszügige *Stützungsaktion für landwirtschaftliche Preise* (namentlich Getreide und Baumwolle) in den Vereinigten Staaten der Preissenkung für Agrarprodukte eine Grenze gesetzt. Davon hat die Weltwirtschaft und auch die Schweiz bisher profitiert, und die Kreise, die so gerne die völlige Beseitigung der staatlichen Intervention verlangen, sollten sich bewusst sein, dass auch sie heute von der amerikanischen Interventionspolitik weitgehend begünstigt werden. Zeitweise hat noch ein dritter Umstand eine grosse Rolle gespielt: die verstärkte *Lagerhaltung* mit Rücksicht auf die internationale politische Spannung.

Der V.S.K. im Jahre 1949

Wie haben diese allgemeinen wirtschaftlichen Erscheinungen sich auf den V.S.K. und unsere Konsumgenossenschaften ausgewirkt? Die Umsätze des Verbandes sanken im Berichtsjahr gegenüber 1948 um 4,3%. Diese Umsatzverminderung ist eine Folge des Preisabbaus und vor allem auch des Lagerabbaus, den wir den Vereinen seit langem empfohlen hatten. Der Umsatzrückgang trifft denn auch hauptsächlich Bekleidungsartikel (Schuhe und Textilwaren) sowie Haushaltartikel. Ohne diese Zweige hat der Absatz wertmässig nur um 1,5% abgenommen. Das ist bedeutend weniger, als die Preisreduktion ausmachte, so dass die Umsatz*menge* in allgemeinen Waren eine weitere Steigerung erfahren hat. Zugenommen hat auch die Zahl der Aufträge in den Warenabteilungen des Verbandes, nämlich um 5,4%. Diese Mehrleistung ist, wenn wir den Jahresdurchschnitt berechnen und die Druckerei ausser acht lassen, ohne Personalvermehrung erzielt worden, was beweist, dass die Leistung verbessert werden konnte. Schuld daran ist neben den Erleichterungen infolge Abbau von kriegswirtschaftlichen Vorschriften besonders auch der feste Wille, die Unkosten nicht mehr weiter ansteigen zu lassen.

Sie werden zwar einwenden, dass es uns nicht gelungen ist, die Vermehrung der Betriebskosten zum Stillstand zu bringen, da sie neuerdings um 5,8% gestiegen sind. Doch davon betrifft ein namhafter Teil die neue Druckerei, wo eine erhöhte produktive Leistung gegenübersteht. Im übrigen sind die Fürsorgeleistungen und Steuern erheblich gestiegen, und es sind die gestiegenen Aufwendungen für Reparaturen und Umbauten in den Eigenmieten berücksichtigt worden.

Was dem aufmerksamen Leser unseres Jahresberichtes am meisten aufgefallen sein dürfte, ist der *Verzicht* auf die *Speisung der offenen Reserven*, was seit 1901 nicht mehr vorgekommen ist. Das hat folgende Gründe:

1. Der Verband hat seine Mittel eingesetzt, um die Vereine in die Lage zu versetzen, den Genossenschaftsmitgliedern beste Dienste zu leisten und jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten. So haben wir Preisabschläge sofort weitergegeben, auch wenn auf unseren Lagerbeständen grosse Abschreibungen nötig wurden, und es sind vorsorgliche Preisrückschreibungen in sehr bedeutendem Ausmass gemacht worden, damit die niedrigeren Preise für Bedarfsartikel, die zu erwarten waren, für die Besteller sofort zur Anwendung gelangen können.

2. Der Ertrag ging zurück, weil spitzer kalkuliert wurde.

3. Die erhöhten Investitionen (besonders Druckerei) erfordern auch höhere Abschreibungen.

4. Die Aufwendungen für Presse und Propaganda sind gestiegen infolge des Ausbaus unserer Volksblätter.

5. Die Druckerei hat statt mit einem Überschuss mit einem Rückschlag abgeschlossen, der zu erklären ist mit dem zeitraubenden Umzug in die neuen Räume.

Angesichts dieser Umstände glauben wir, das Ergebnis als befriedigend bezeichnen zu dürfen, da es gestattet, nach Vornahme aller notwendigen Abschreibungen die Anteilscheine mit 4% zu verzinsen, und wir beantragen Ihnen gemäss Antrag des Verwaltungsrates, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen und der auf Seite 41 vorgeschlagenen Verwendung des Überschusses zuzustimmen. Unserem Personal gebührt der beste Dank für seine pflichtgetreue Arbeit.

Unsere *Zweckgenossenschaften* haben im allgemeinen ebenfalls befriedigende Ergebnisse aufzuweisen. Die Schiffahrts- und Lagerhausgesellschaft «St. Johann» hat wiederum auf die Verzinsung der Anteilscheine verzichtet, da die Rheinschiffahrt durch den niedrigen Wasserstand beeinträchtigt wurde und neuerdings durch den scharfen Konkurrenzkampf, der die Frachtsätze derart zusammenreisst, dass ein in der Schweiz domiziliertes Unternehmen die Unkosten und Amortisationen nicht mehr herauswirtschaften kann. Unsere beiden Seifenfabriken bekamen den Preisrückgang für Rohstoffe zu spüren, der auf den Vorräten empfindliche Verluste verursachte.

Ich wende mich nun der

Entwicklung der Vereine

zu. Die dem V.S.K. angeschlossenen Konsumgenossenschaften zählten am Ende des Geschäftsjahres, das im Laufe des Jahres 1949 abgeschlossen wurde, 534500 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahr ist eine *Zunahme um rund 15000 Mitglieder* oder 2,9% eingetreten. Die Werbekraft unserer Bewegung hat somit unvermindert angehalten. Der *Gesamtumsatz* aller Vereine hat sich um 13 Millionen vermehrt und erreichte im letzten Geschäftsjahr *696 Millionen Franken*. Das ist an und für sich eine gewaltige Summe, vom gesamten Detailhandel des Landes macht sie jedoch nur einen bescheidenen Prozentsatz aus.

Die Zahl der Verkaufsstellen unserer Vereine betrug am Ende des letzten Geschäftsjahres 2844. Die Zunahme im Vergleich zu 1948 von 62 Läden ist geringer als in den vorangegangenen Jahren und liegt prozentual mit 2,2% wiederum unter der Zunahme der Mitgliederzahl. Offenbar ist der Nachholbedarf, der während der Dauer des Filialverbots entstanden ist, teilweise gedeckt. Von einer übermässigen Ausdehnung unserer Genossenschaften ist daher keine Rede. Die Vermehrung der Privatläden, über die wohlweislich keine Angaben veröffentlicht werden, macht ein Vielfaches der neuen Genossenschaftsläden aus. Wenn wir die ganze Zeit seit Beginn des Filialverbotes 1933 in Betracht ziehen, so beläuft sich die Vermehrung der Läden auf 16%, nur wenig mehr als die Zunahme der Bevölkerung (12%), während die Mitgliederzahl sehr viel stärker, nämlich um 33% gewachsen ist.

Die ausbezahlten Rückvergütungen stiegen im letzten Jahr auf 42 Millionen Franken. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung dieser Summe mögen Sie daraus ermessen, dass das mehr als ein Drittel des Betrages ist, der unter dem Regime des AHV in Form von Übergangsrenten an eine freilich weit geringere Zahl von Begünstigten ausgerichtet wird.

Die finanziellen Ergebnisse

sind deutlich schlechter als im vorhergehenden Geschäftsjahr 1948, bzw. 1947/48. Die Zahl der Genossenschaften mit Ertragsrückgang ist grösser als die Zahl der Vereine mit verbessertem Ertrag, und auch die Gesamtsumme der Rückgänge übersteigt die Summe der Verbesserungen, während im vorangegangenen Geschäftsjahr die Vermehrung der Überschüsse stark überwogen hatte. Diese Wendung in den Ertragsverhältnissen ist verständlich angesichts des Umsatzrückganges, der an einzelnen Orten eingetreten ist, und vor allem angesichts der Abschreibungen, die wegen der Preissenkung auch bei den Vereinen notwendig wurden. Weniger erfreulich ist jedoch, dass eine ganze Anzahl von Vereinen mit einer Einbusse an Substanz abschlossen. Und diese Vermögensverminderung ist auch grösser als im Vorjahr. Immerhin sind die Vereine mit Substanzvermehrung noch in grosser Mehrheit.

Nach unserer Meinung ist es trotz den vermehrten Schwierigkeiten möglich, im genossenschaftlichen Detailhandel einen positiven Abschluss auszuweisen, d. h. eine Verstärkung der Reserven zu erzielen. Überall, wo das nicht der Fall ist, mögen die Ursachen untersucht und behoben werden. Wir behalten solche Vereine auch besonders genau im Auge.

Die Aufgaben der Vereine

Die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Verwalter und die Behörden der Genossenschaften zu befassen haben, sind nach wie vor die Lagerhaltung und das Kostenproblem, und hier müssen wir die Mahnungen wiederholen, die der Verband schon bei andern Gelegenheiten an die Vereine gerichtet hat.

Die *Warenlager* müssen noch genauer überwacht und noch viel besser in Einklang gebracht werden mit dem Umsatz. Die Sortimente müssen reduziert werden. Der Warenumschlag muss erhöht werden. Viele Vereine haben in dieser Beziehung bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Aber immer noch erreicht die Mehrzahl die Normen nicht, die wir aufgestellt haben und die unbedingt zu erreichen sind.

Die *Kostenfrage* steht zum Teil in Zusammenhang mit dem Gesagten. Eine Beschleunigung des Umschlags trägt zur Kostensenkung bei und vermindert namentlich auch die Verlustgefahren. Ferner ist der Personalbestand in das richtige Verhältnis zum Umsatz zu bringen, bzw. die Arbeitskraft muss voll und rationell ausgenutzt werden. Neue Investierungen in Neubauten, Ladenrenovationen, aber auch in Maschinen, Autos usw. sind nur vorzunehmen, wenn sie tragbar sind, d. h. wenn sie bei Einrechnung der Verzinsung und Amortisation keine Kostenvermehrung sondern im Gegenteil, eventuell dank vermehrtem Umsatz, eine Kosteneinsparung erwarten lassen.

Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass die Aufgabe der Genossenschaften darin besteht, jede mögliche Verbesserung in der Warenvermittlung vorzunehmen, um den Konsumenten noch bessere Dienste zu leisten. Dass das möglich ist, ohne Aufzehrung der innern

Reserven, ja im Gegenteil bei gleichzeitiger Stärkung der finanziellen Lage, hat eine grosse Zahl der Vereine bewiesen. Es ist unbedingt vorwärtsgegangen in den letzten Jahren. Die Reaktion der Konkurrenz und die Anerkennung seitens der Konsumenten sind dafür Beweis genug.

Die Verbandsdirektion will die Bemühungen um die Weiterschulung der Verwalter und des Verkaufspersonals und die Heranbildung neuer Kräfte fortsetzen und zählt dabei auf die Unterstützung durch die Vereine. Denn die Personen, die an der Spitze und an der Verkaufsfront stehen, entscheiden über Erfolg oder Misserfolg der Genossenschaft.

Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir für die nächste Zeit noch mit einer *verhältnismässig günstigen Wirtschaftslage* rechnen können.

Die Konjunkturaussichten

für die Weltwirtschaft werden neuerdings eher etwas günstiger beurteilt. Namentlich in den Vereinigten Staaten hat die Bautätigkeit in diesem Frühjahr einen neuen Aufschwung genommen, und auch die Automobilindustrie kann mit Rekordzahlen aufwarten. Die Befestigung einiger wichtiger Weltmarktpreise hat vielerorts eine optimistische Stimmung erzeugt. In den USA stellt man sogar die Frage, ob der gegenwärtige boom, der nun dank der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur schon ein Jahrzehnt anhält, vielleicht eine Dauererscheinung sein könnte. Das hängt meines Erachtens davon ab, ob die gegenwärtige Preisbasis für Agrarprodukte aufrechterhalten werden kann, was sehr ungewiss ist. Aber auch die Industrie stellt Probleme, die ernste Schwierigkeiten bereiten. Man rechnet damit, dass die stets weitergetriebene Rationalisierung in der nordamerikanischen Wirtschaft einige Millionen Arbeitskräfte freisetze, deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zum mindesten geraume Zeit erfordert. Zudem werden gegenwärtig 3 Millionen Arbeitslose gezählt oder 5% der unselbständig Erwerbenden. Bei uns würde man wohl bei 60000 bis 80000 Arbeitslosen nicht von einem boom, sondern von einer Krise sprechen. Auf alle Fälle hat sich die Weltwirtschaft an die gewaltigen strukturellen Verschiebungen, die sich infolge des Krieges ergeben haben, noch lange nicht angepasst, deshalb bleibt die Gefahr weiterer Rückschläge bestehen.

Nun wird aber unsere *schweizerische Volkswirtschaft* in den nächsten Jahren neben den Unsicherheiten der Weltwirtschaft noch die *besonderen Schwierigkeiten* zu ertragen haben, die sich aus der Abwertung der meisten ausländischen Währungen ergeben. Dadurch sind sehr erhebliche Preisdifferenzen entstanden, die sich heute schon für die Landwirtschaft und einzelne Industriezweige sehr fühlbar auswirken und die in absehbarer Zeit, wenn die ausländische Industrie, vor allem die deutsche, ganz retabliert ist, auch für die meisten unserer Industrien sehr unangenehme Folgen haben werden. Seit dem 18. September 1949 sind neun Monate verflossen, aber noch immer scheint man an massgebender Stelle, wo die Führung der schweizerischen Wirtschaftspolitik liegen sollte, auf ein Wunder zu warten, das für uns das Problem lösen werde, statt dass man mit vereinten Kräften einen gangbaren Weg sucht.

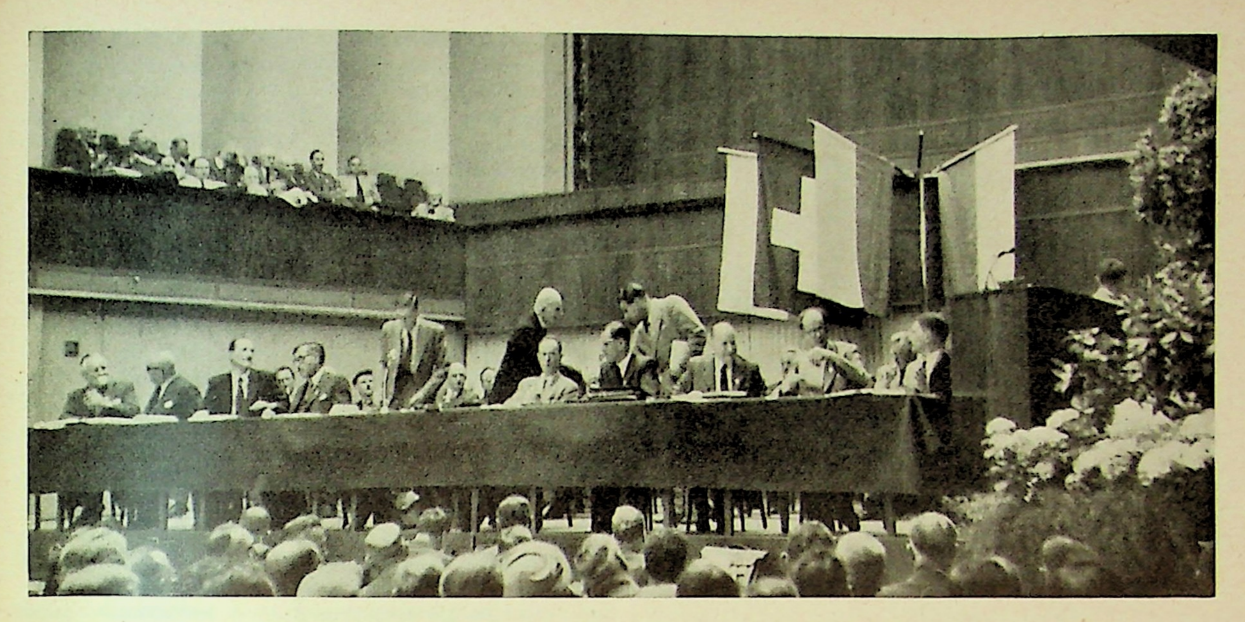
Ich habe im letzten Herbst in unseren Volksblättern die Meinung vertreten, dass es grundsätzlich *vier Wege* gebe zur Überwindung der Preisdifferenzen mit dem Ausland, nämlich die Erhöhung der Preise im Ausland, die Senkung der Preise und Löhne im Inland, ein Ausgleichsystem zwischen den billigen Importen und unsern überhöhten Exportpreisen, und schliesslich die Kurssenkung des Schweizerfrankens.

Auf den ersten Weg, eine entsprechende *Erhöhung der ausländischen Preisebenen*, den ich schon damals als unwahrscheinlich betrachtet habe, dürfte man heute wohl nicht mehr allzu grosse Hoffnung setzen. Obwohl neun Monate verflossen sind, ist das Niveau der Lebenskosten in den Abwertungsländern um nicht mehr als 2 bis 5% gestiegen. Wenn nicht eine neue Inflationswelle kommt, werden sich auf diese Weise die Preisebenen nicht angleichen.

Der zweite Weg, der in einer Politik der *Preis- und Lohnsenkung* bestehen müsste – man bezeichnet das meistens als Deflation –, wird von allen, die mit dem Wirtschaftsleben gut vertraut sind, abgelehnt, da er zu schweren wirtschaftlichen und auch sozialen Erschütterungen führen würde.

Von der dritten Möglichkeit, einen Ausweg zu schaffen durch eine Art Schleusensystem bei der Ein- und Ausfuhr, wird vereinzelt heute schon Gebrauch gemacht. Das ist aber auch in unsern Kreisen schon heftig kritisiert worden, da man sich über die Bedeutung dieses Weges nicht genügend klar ist und da er übrigens auch bisher mehr zum Nutzen des Staates als der Volkswirtschaft angewendet wurde. Bei der Einfuhr von Butter und von Schlachtvieh wird zu den billigen Auslandpreisen ein Zuschlag gemacht, der bisher verwendet wurde, um die Kosten der Milchversorgung niedrig zu halten, bzw. im andern Fall ein Defizit in der Ausgleichskasse für Fleisch- und Vieheinfuhr zu decken. Man verlangt, dass die niedrigen Auslandspreise dem Konsumenten in vollem Umfange zugute kommen.

Ich möchte in erster Linie klarstellen, dass es für den V.S.K. selbstverständlich ist, dass er alle Preisermässigungen, kommen sie von der ausländischen oder von der schweizerischen Wirtschaft her, weitergibt, damit sie dem Konsumenten zugute kommen. Wir müssen uns nun aber über folgendes klar werden: Eine Senkung des Preisniveaus bedeutet bei gleichbleibendem Nominaleinkommen eine Erhöhung des Realverdienstes. Das ist an und für sich wünschenswert und sollte das Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Seit anderthalb Jahren hat sich jedoch das reale Volkseinkommen unseres Landes etwas vermindert, und es dürfte infolge der soeben dargelegten Schwierigkeiten noch weiter zurückgehen. Das hat dann aber zur Folge, dass ein Teil des Volkes, nämlich die, die noch genügend Arbeit haben, eine Erhöhung des Realeinkommens erfahren, während andere – und das sind dann jene, die keine Beschäftigung mehr haben – einen namhaften Verlust in Kauf nehmen müssen. Eine solche Entwicklung wäre auf die Dauer nicht tragbar. Deshalb sollte der Weg des Ausgleichs eingeschlagen werden, indem die Verbilligung des Imports benutzt wird, um den Export zu fördern. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen darzustellen, wie das geschehen kann. Unbekannt ist das System nicht, es ist schon in der letzten Krise teilweise angewendet worden. Es bringt gewisse Umtriebe und Komplikationen, die an sich nicht sympathisch sind. Aber wenn man das ablehnt, dann wird sich die Lage derart verschlimmern, dass die Betroffenen eine Korrektur der Währungspolitik verlangen werden.



Blick auf die Bühne während den Verhandlungen. Vierter von links Bundesrat Kobelt.

Ich möchte damit vor allem zum Ausdruck bringen, dass auch der V.S.K., dem das Wohl der 535000 Mitglieder unserer Konsumgenossenschaften am Herzen liegen muss, nicht eine Politik der Senkung der Lebenskosten um jeden Preis verfolgen kann, sondern er muss als Ziel die Erhaltung und Verbesserung der Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten für alle Volkskreise im Auge behalten.

Nach unserer Meinung sollten diese Probleme von den Behörden mit den Vertretern der massgebenden Wirtschaftsverbände eingehend geprüft werden, um eine einheitliche Linie der Wirtschaftspolitik zu erzielen. Aus diesem Grunde haben wir uns auch seinerzeit für die Verlängerung der im Rahmen des Stabilisierungsabkommens zustande gekommenen Zusammenarbeit der Spitzenverbände eingesetzt. Hoffentlich findet man den Weg zu einer neuen Zusammenarbeit, bevor unsere Volkswirtschaft schweren Schaden erlitten hat. Der grosse Fehler ist der, dass man die Dinge immer nur aus dem Gesichtswinkel des Tages betrachtet und die Zusammenhänge sowie die künftigen Entwicklungstendenzen nicht erkennt oder nicht erkennen will.

Damit bin ich bereits auf

die aktuellen Probleme unserer Landespolitik

eingetreten. Eine weitere Frage, die uns schon längere Zeit beschäftigt, ist diejenige der Vorsorge für die Landesversorgung im Falle eines Krieges.

Wir haben zur Zurückhaltung gemahnt in dieser Frage, da wir weder im Inland noch im Ausland zu unnötiger Aufregung Anlass geben wollten. V.S.K. und Vereine haben nie zur Lageranlegung aufgefordert, etwa gar, um dadurch den Verkauf stimulieren zu können. Diese Zurückhaltung ist unseren Mitgliedern zugute gekommen, denn die Preise sind im letzten Jahre erheblich gesunken gerade auf den Artikeln, die für die Lagerhaltung in Frage kommen. Dabei ist es selbstverständlich, dass der Verband selbst seine Verpflichtungen in bezug auf Lagerhaltung erfüllt, und er ist sogar darüber hinausgegangen, allerdings ohne das propagandistisch auszunützen. Die Zahlen in der Bilanz des Verbandes täuschen über die Wirklichkeit: Der Gesamtbetrag der Warenvorräte ist nicht wesentlich grösser als im Vorjahr, aber es hat eine bedeutende Umschichtung stattgefunden, indem die Lager in Spezialartikeln ab- und die in Nahrungsmitteln stark zugenommen haben.

Nun hat der Bundesrat beschlossen, die Bevölkerung aufzufordern, in einigen haltbaren Artikeln Vorräte anzulegen. Wir haben sofort erklärt, dass wir die Durchführung dieser Massnahme loyal unterstützen werden. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Vorräte rechtzeitig erneuert werden, damit die Konsumenten vor Schaden möglichst bewahrt bleiben.

Die eidgenössische Steuerpolitik

hat uns oft beschäftigt in den letzten Jahren, und wir werden uns weiterhin intensiv mit diesem Thema befassen müssen, auch nach dem Entscheid vom letzten Sonntag. Der Verwaltungsrat hat nach reiflicher, eingehender Prüfung und gestützt auf die Stellungnahme der Delegiertenversammlung von 1948 beschlossen, die Finanzvorlage am 4. Juni zu verwerfen. Der Beschluss war, wie übrigens die meisten unserer Beschlüsse, einstimmig, was beweist, dass er ohne irgendwelche parteipolitische Rücksichten, sondern einzig aus Sorge um die Konsumenten und die Genossenschaften gefasst wurde. Das Abstimmungsergebnis ist durch die Aufklärung der Genossenschaftsbewegung wesentlich beeinflusst worden. Daraus ist zu ersehen, dass gegen die geschlossene Abwehr der Konsumenten keine Vorlage durchzubringen ist und dass man daher in der Konsumbelastung nicht mehr weiter gehen kann.

Ich glaube nicht, dass man jetzt in nächster Zeit mit einer neuen dauernden Finanzreformvorlage vor das Volk treten kann, da verschiedene Probleme zu wenig abgeklärt sind und eine Verständigung auf breiter Grundlage gesucht werden muss. Es drängt sich eine neue Übergangslösung auf, die aber dem Volk und den Ständen



Ausschnitt aus der Ausstellung der Patenschaft Co-op.

zur Abstimmung unterbreitet werden sollte. Diese Übergangslösung könnte ungefähr dem entsprechen, was jetzt in Kraft ist mit einigen Änderungen. Einmal sollte bei der Warenumsatzsteuer die Freigabe aller Lebensmittel und nicht nur der «notwendigen» erfolgen. Das ist aus Zweckmässigkeitsgründen zur Vereinfachung der Erhebung wünschbar, besonders nachdem jetzt auch bei den Backwaren der Entscheid im Sinne der Befreiung getroffen wird.

Wir fordern auch mit aller Entschiedenheit, dass man bei weiteren Steuerprojekten die genossenschaftliche Rückvergütung ausser Spiel lässt. Denn die steuerliche Belastung der Beträge, die die Genossenschaften ihren Mitgliedern im Verhältnis zu ihren Warenbezügen zurückvergüten, ist eine schreiende Ungerechtigkeit, und unser Verband wird nie einer Vorlage zustimmen können, die diese Ungerechtigkeit vorsieht.

Wir sind nach wie vor bereit, Hand zu bieten zu einer verfassungsmässigen Ordnung der Bundesfinanzen, die eine gerechte Verteilung der Lasten bringt und auch keine Fussangeln für die Genossenschaften enthält.

In diesen wichtigen Landesfragen, zu denen ich Ihnen unsere Stellungnahme bekanntgab – Finanzreform, Vorratshaltung, Kurs der Wirtschaftspolitik nach der Abwertung des Auslandes –, sollten die Bundesbehörden in engerem Kontakt stehen mit den grossen Verbänden der Konsumenten, der landwirtschaftlichen Produzenten und der Arbeitnehmer, das sind der V.S.K., der Schweiz. Bauernverband, der VOLG und der Schweiz. Gewerkschaftsbund, die übrigens alle an unserem Kongress durch massgebende Persönlichkeiten vertreten sind. Es freut mich, feststellen zu können, dass wir mit allen diesen Organisationen gute Beziehungen unterhalten. Mit dem VOLG und dem Bauernverband haben wir Kontakt im Ausschuss für zwischengenossenschaftliche Beziehungen, der Stellung nimmt zu wichtigen Fragen, welche die Genossenschaften berühren. Unlängst hatten wir auch Gelegenheit, uns über das im Entwurf vorliegende Landwirtschaftsgesetz auszusprechen. Diese Aussprache, wie auch unsere Eingabe zu dieser Materie, zeigen, dass eine Einigung zwischen Konsumenten und Produzenten nicht allzu schwer sein sollte, sofern den Vertretern der Konsumenten ein genügendes Mitspracherecht gewährt wird, für welche Forderung, glaube ich, die Landwirtschaftsvertreter durchaus Verständnis haben. Mit dem Gewerkschaftsbund, wie übrigens auch mit dem hier vertretenen Verband für Wohnungswesen und dem Verband sozialer Baubetriebe arbeiten wir ebenfalls von Fall zu Fall zusammen. Diese Organisationen, die sich stets für die Interessen der Arbeiter einsetzen, für ausreichenden Arbeitsverdienst und für günstige Verwendung dieses Verdienstes, stellen die grosse Mehrheit in unserem Volke dar. Man hat in Bern schon oft zu sehr auf drei andere Verbände gehört – die Handelspresse nennt sie meistens sehr überheblich «die wirtschaftlichen Spitzenverbände» –, die zwar die überwiegende Mehrheit des investierten Kapitals hinter sich haben, die aber damit glücklicherweise die Gesinnung des Schweizervolkes nicht kaufen können.

Wir verlangen keineswegs, dass die Meinung dieser anderen Verbände in den Wind geschlagen werden soll – der V.S.K. selbst ist übrigens mehrfach Mitglied des Handels- und Industrievereins –, auch sie sollen gehört werden. Aber die schweizerische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muss besser nach dem tatsächlichen Kräfte-Parallelogramm ausgerichtet werden, das seinen Schwerpunkt in den hier an dieser Tagung vertretenen Verbänden hat. Und wenn jene sogenannten «wirtschaftlichen Spitzenverbände» stolz glaubten, das Stillhalteabkommen künden zu können, um der angeblichen und unerhörten Gefahr eines «Wirtschaftsrates» zu entgehen, so werden sie bald einsehen müssen, wenn grössere wirtschaftliche Schwierigkeiten auftauchen, dass sie sie allein niemals meistern können. Dann wird man wahrscheinlich wieder an einen Tisch gezwungen, aber erst wenn viel kostbare Zeit verloren ist. Es wäre im Interesse des Landes wünschenswert, wenn

mehr Zusammenarbeit und mehr Solidarität

gerade auch in wirtschaftspolitischen Fragen vorhanden wäre.

Von einer Seite erfahren die Genossenschaften das krasse Gegenteil von Solidarität, nämlich die schärfste und illoyalste Bekämpfung. Ob dieser Kampf des Gewerbeverbandes aus Gründen der Konkurrenz, aus persönlichen Motiven oder aus andern Gründen erfolgt, weiss ich nicht. Jedenfalls gehört er zum Beschämendsten, was sich in der schweizerischen Geschichte der letzten Jahrzehnte abgespielt hat. Aber je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr komme ich zur Überzeugung, dass wir den Gewerblern eigentlich dankbar sein müssen für diese Befehdung. Nicht nur deshalb, weil dadurch die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf die Genossenschaften gelenkt und die Parteien wie auch der Einzelne veranlasst werden, sich mit dem Genossenschaftsproblem auseinanderzusetzen, sondern weil sich auch in unserer Bewegung nun eine ganz energische Abwehr bemerkbar macht. Unabhängig von ihrer politischen oder weltanschaulichen Auffassung scharen sich die Genossenschafter um die Genossenschaftsbewegung und erklären einmütig: Das lassen wir uns nicht bieten. Es geht oft so im Leben: Erst wenn man uns etwas streitig machen will, das wir schätzen, wird uns dessen Wert wieder voll bewusst. Wir hatten uns vielleicht allzu sehr gewöhnt an die wohltätigen Wirkungen der Genossenschaften und geglaubt, sie seien etwas Selbstverständliches in der heutigen Wirtschaft.

Nun müssen wir uns wieder für die Genossenschaft einsetzen. Wir müssen wieder kämpfen für sie, nicht nur mit besseren Leistungen, wie das ja täglich geschieht, sondern auch *auf dem Boden der Idee*. Das zwingt zur *Selbstbesinnung* und zur *Vertiefung*. Wir müssen uns auf die echten genossenschaftlichen Grundsätze besinnen und uns fragen, wo sie unter dem Druck der täglichen Routinearbeit gelitten haben und wie sie wieder besser herausgearbeitet und sauberer, kompromissloser verwirklicht werden können. Ich will mich darüber nicht näher äussern, da dieses Thema von Herrn Dr. Küng behandelt wird.

Aber eine Schlussfolgerung erlaube ich mir zu ziehen: Wir müssen der *Aufklärung* und der *Erziehung* wieder viel mehr Aufmerksamkeit schenken. Es genügt nicht, dass wir 535000 Mitglieder als Kunden haben, sie müssen *Genossenschafter* sein, überzeugt von der Genossenschaftsidee und bereit, sich für sie einzusetzen. Unsere Organisationen sind in den letzten Jahrzehnten stark in die Breite gewachsen. Das Jubiläum des V.S.K. könnte Anlass bieten, darüber längere Ausführungen zu machen. Doch ich verweise auf das «Genossenschaftliche Jahrbuch», wo ich die bisherigen Entwicklungsphasen des Verbandes zu skizzieren versuchte. Ich will nur erwähnen, dass der Umsatz des Verbandes sich in den letzten drei Jahrzehnten, auf der gleichen Preisbasis, also mengenmässig gerechnet, um 170% vermehrt hat, in den letzten zwei Jahrzehnten um rund 80%. Und die Mitgliederzahl der angeschlossenen Genossenschaften ist seit 1920 um 47% gestiegen.

Diese Ausdehnung in die Breite birgt natürlicherweise die Gefahr einer gewissen Verflachung in sich. Dem müssen wir begegnen, und wir wissen uns hierin einig mit Tausenden unserer Mitarbeiter und Mitkämpfer von den jüngsten bis zu den ältesten, dass wir auch wieder mehr in die Tiefe graben müssen. So glaube ich, dass die Auseinandersetzung mit denen, die die Genossenschaftsbewegung bekämpfen, diese nur noch lebendiger machen und ihr zum Segen gereichen wird.

Genossenschaft heisst Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichberechtigung, Zusammenarbeit in Freiheit. Zusammenarbeit, Gleichberechtigung, Freiheit – das sind die hohen Ideale, nach deren Verwirklichung sich die Völker heute mehr denn je sehnen. Die Genossenschaft, die diese Ideale in der Wirtschaft zu verwirklichen sucht, entspricht daher dem Bedürfnis der Menschen, und wir sind überzeugt, dass sich diese Grundgedanken in dieser oder jener Form in unserem Lande wie im Zusammenleben der Völker immer mehr durchsetzen werden.

Genossenschafterinnen tagen in Luzern

Wie üblich, fand auch dieses Jahr die Delegiertenversammlung des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz am Vortage der Delegiertenversammlung des V. S. K., also am 8. Juni, in Luzern statt. Der Tag begann mit einigen erfreulichen Ueberraschungen: Der Tagungssaal im Volkshaus war wunderbar geschmückt. Auf der Bühne leuchteten im Flaggenschmuck die Symbole der Genossenschaft, auf den Tischen herrlicher Blumenschmuck. Die Luzernerinnen hatten ihre Gärten geplündert zur Feier des Tages. Als Gruss von den die Leuchtenstadt umgebenden Bergen prunkten aus weissen Schalen betörend blaue Enziane in grosser Fülle. Die Luzerner Präsidentin, Frau *Guth*, begrüsste die Anwesenden herzlich. Eine weitere Ueberraschung bot Konsumverwalter *Naef* mit seinem schönen Gesangssolo, «Morgengruss» von Schubert, von seiner Gattin am Klavier begleitet.

Auf einem Tisch war eine Trachtengruppe aufgestellt, Trachtenpuppen, die bestimmt sind für eine Trachtenausstellung in Belgien anlässlich des nächsten Kongresses der Internationalen Frauengilde, gestiftet von den Vereinen der verschiedenen Kantone. Auch die Patenschaft Co-op hatte eine Ausstellung arrangiert, alles Gegenstände aus der Heimarbeit der Berggemeinden. Hier war Gelegenheit, seinen Angehörigen ein nettes Geschenk zu kaufen und zugleich den geldarmen Bergbewohnern einen guten Dienst zu erweisen.

Um 10 Uhr eröffnete die Präsidentin Frau Ella *Egli* die Tagung. Ausser den 102 Delegierten durfte sie eine ganze Reihe von Gästen begrüssen, Persönlichkeiten aus Genossenschaftskreisen, die der Frauenbewegung gut gesinnt sind und ihre Arbeit zu schätzen wissen. Briefe und Telegramme mit Grüssen und guten Wünschen wurden verlesen und dankbar aufgenommen.

Die Internationale Gilde war durch Mme C. *Ancion* aus Belgien vertreten. Sie schilderte die Arbeit der belgischen Gilden, sprach auch von deren Schwierigkeiten. Aufmerksam verfolge sie die Tätigkeit der schweizerischen Vereine und entnehme jeweils wertvolle Anregungen aus der mannigfaltigen Arbeit.

Trotz aller Schwierigkeiten haben die belgischen Genossenschafterinnen auch Erfolge aufzuweisen.

Auch Verwalter *Fischer* von Luzern würdigte die Arbeit der Frauen mit den Worten: «Was wären die Genossenschaften ohne die Frauen!»

Die Präsidentin, Frau Egli, hob neben einer allgemeinen Würdigung der geleisteten Arbeit hauptsächlich die

Genossenschafterinnen boten in den Verhandlungspausen reizende, mit Schokolade gefüllte Patenschafts-Schälchen zum Kaufe an.



kleineren, neuen Vereine hervor, die etwa noch mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Alle kleineren Leistungen summieren sich zu der grossen Leistung, die der Jahresbericht aufweist. Diese Leistungen sind vor allem sehr vielseitig. Im Jahre 1949 wurden 455 Mitgliederversammlungen durchgeführt und 165 öffentliche Versammlungen und Veranstaltungen. Kurse aller Art werden durchgeführt, und der Helferwille ist stets rege, wo irgendwelche Nöte sich zeigen. Zugleich leisten die genossenschaftlichen Frauenvereine eine Propaganda für den Umsatz in den Läden, die kaum mehr wegzudenken wäre. Immer mehr Verwalter sehen dies ein und bieten Hand zur Gründung neuer Vereine. Im vergangenen Jahr sind acht neue Vereine gegründet worden mit über 300 Mitgliedern. Eine grosse Anzahl Vereine sind in Gründung begriffen. Die deutschsprachige Bewegung zählt 5800 Mitglieder, dazu kommen noch 700 Mitglieder aus der welschen Schweiz, wo die Arbeit nach den gegebenen Verhältnissen durchgeführt wird, wie dies in jedem einzelnen Verein der Fall sein muss, um zu einem guten Erfolg zu gelangen.

Wertvolle Arbeit leisten auch die *Prüfungs- und Rezeptkommission.* Die Genossenschafterinnenbewegung spielt sich nicht im engen, abgeschlossenen Rahmen ab, sie pflegt engen Kontakt mit andern Frauenvereinen. Durch Frau Egli, die internationale Präsidentin, wird auch international die Zusammenarbeit gewährleistet. Jahresbericht und Jahresrechnung gaben zu keiner Kritik Anlass. Dem schon letztes Jahr gestellten Antrag auf Statutenänderung wurde nun in dem Sinne Rechnung getragen, dass eine Kommission gewählt wurde, die die strittigen Fragen zu prüfen und vorbereitend für eine wenigstens teilweise Aenderung zu sorgen hat.

*

Am Nachmittag sprach

Frl. Dr. Somazzi,

Bern, über ihre Einblicke in das Leben der New Yorker Frauen, soweit dies während ihres achtwöchigen Aufenthaltes möglich war. Sie wisse, dass das, was sie gesehen habe, nicht einfach als das Leben der amerikanischen Frauen gelten könne. Jedoch waren ihr viele Vergleiche mit unserem Lande möglich. Die Sprechende wollte auch nicht reden über die Trustleute und Geldmenschen, die auch in unserm Lande zu finden sind, sondern über das Leben, wie es sich im allgemeinen darbot. Offenen Geistes seien ihr die Menschen entgegengetreten, nicht einfach nur Maschinenmenschen, sondern Menschen, die für den Frieden sind, für Kultur und sorgfältige Erziehung der Kinder. Den Krieg betrachte man als grausamen «Luxus». Als ihre Aufgabe betrachten die New Yorker: Für das Leben zu sorgen. Die Vergleiche mit uns Schweizern fielen gar nicht selten zu unsern Ungunsten aus. Hier bei uns Enge des Horizonts, dort Grosszügigkeit. Das Schweizervolk sei zu 99 Prozent schulmeisterlich, setze sich aufs hohe Ross, leide an Ueberheblichkeit, dort Aufgeschlossenheit, Freude des Lehrens und Mitteilens, eifrige Diskussionen werden gepflegt, aber niemandem nehme man seine andere Ueberzeugung übel, auch nicht bei eifrigem Diskutieren. Die Sorge um den Menschen, auch in den Betrieben, sei einem grossen Stab von Psychologen übertragen. Die Devise sei: Niemand soll einen Kummer 24 Stunden allein tragen müssen und auch niemand eine Freude. Die Arbeit werde nicht nach Berufen gewertet oder entwertet, und die Sprechende hat auch keine Titelsucht wahrgenommen. Die Zusammenarbeit bestehe von unten nach oben, Autorität werde gewonnen durch Beispiel und Leistung, nicht durch protziges Verhalten.

Besonders aufgefallen sei ihr das Verhältnis der Männer zu den Frauen und der Erwachsenen zu den Kindern. Hier fielen die Vergleiche für unser Land noch viel ungünstiger aus. Die Frauen geben sich viel freier, sie werden aber auch als vollwertig anerkannt. Es heisst auch nicht, dies und das ist «Weiberarbeit», viele gelehrte Menschen wissen sehr gut mit Haushaltmaschinen umzugehen. Es heisst aber auch nicht: Das versteht die Frau nicht. Auch das Kind wird respektiert. Man hält einem Kinde das Versprechen, das man gab. Man entschuldigt sich vor ihm. Wir hörten dies an einem Beispiel. Ein General liess sich zu einer Ohrfeige hinreissen. Auch er musste sich entschuldigen. In der Schule werde nach ganz andern Grundsätzen erzogen als bei uns. Das Zusammenleben und das Helfen wird geübt. Das Kind wird gefördert in seinem Erfindergeist, es wird ihm geholfen, wo es versagt. Wegen Dummheit werde kein Kind zu leiden haben. Auch unsere Schul- und Märchenbücher schneiden bei einem Vergleich nicht gut ab.

Fräulein Somazzi verstand es, die Frauen aufzurütteln, selbst etwas zu sein. Mehr als die Hälfte der Menschen sind Frauen, sie haben auch ein gewichtiges Wort für den Frieden, aber sie dürfen nicht wie kleine Kinder schreien: «Das kann doch Gott nicht zulassen!»

Der Vortrag machte tiefen Eindruck. Er kann uns eine grosse Lehre sein. Ein eindrucksvolles Schlusswort der Präsidentin und als Ueberraschung eine von den Luzernerinnen arrangierte Fahrt auf den Gütsch beschlossen die 25. Delegiertenversammlung. m. d.

Was nun?

Am 5. Juni hat sich die Bundesversammlung in Bern zu ihrer ordentlichen Sommersession versammelt. Dass dabei mindestens innerhalb der Fraktionen und zwischen den einzelnen Fraktionen die Frage der Bundesfinanzreform eine entscheidende Rolle spielen würde, war nach dem Ausgang der Abstimmung vom 4. Juni ohne weiteres anzunehmen. Wie man nun aus Bern vernimmt, beabsichtigt der Bundesrat, in kürzester Zeit dem Parlament einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, der in Form eines dem Volke zu unterbreitenden Verfassungsartikels eine mehrjährige Uebergangsordnung herbeiführen würde. Schon in der Septembersession, wenn nicht, wie das beantragt wurde, eine ausserordentliche Session auf den Monat August einberufen wird, wird dieser Vorschlag vor die Räte kommen und von diesen zu verabschieden sein, damit noch vor Jahresende das Volk dazu Stellung nehmen kann.

Wir möchten wünschen, dass dieser Verfassungsartikel als *wirkliche Verständigungslösung* aus den Beratungen hervorgehen wird, so dass dann anlässlich der Volksabstimmung eine wirkliche Einheitsfront der grossen Parteien und Wirtschaftsverbände seine Annahme durch das Volk sichert. Wie man hört, wird es sich im wesentlichen um eine Verlängerung des bestehenden Finanznotrechts handeln. Während der Gültigkeitsdauer dieser Verfassungsbestimmung soll dann eine neue, endgültige Reformvorlage vorbereitet werden.

Ein erfreulicher Entscheid

Unsere Leser entsinnen sich gewiss der Auseinandersetzungen, die ob der Aenderung des Warenumsatzsteuerbeschlusses auf Anfang dieses Jahres entbrannt waren. Während der V. S. K. und die Vereinigung der Konsumvereinsbäckereien beantragt hatten, die Warenumsatzsteuer auch auf Kleingebäck aufzuheben, um dadurch einmal den Konsumenten entgegenzukommen, damit aber auch die ungleiche Behandlung, die zwischen Steuergrossisten und Nichtsteuergrossisten dadurch eingetreten war, dass die Steuergrossisten auf ihre Kleingebäckumsätze die Steuer zu entrichten hatten, während die Nichtgrossisten dieser entgingen, hatte sich das Eidgenössische Finanzdepartement auf den Standpunkt gestellt, es handle sich einfach darum, Warenhäuser und Konsumvereinsbäckereien für die Bäckereibetriebe als Grossisten zu erklären und entsprechend Antrag gestellt. Schon in der nationalrätlichen Kommission kam man jedoch dem vom V. S. K. und von den privaten Bäckermeistern vertretenen Standpunkt entgegen. Der Nationalrat hat nun letzte Woche einstimmig beschlossen, die Steuerpflicht auf Kleingebäck aufzuheben. Damit ist die Ungleichheit, wie sie bis dahin bestanden hatte, verschwunden und die Umsatzsteuerverwaltung wird zeitraubende Kontrollen in Zukunft los sein. Es zeigt sich dabei aber heute nun auch, wie richtig die seinerzeitige Stellungnahme der Vereinigung der Konsumvereinsbäckereien war, die sich entgegen dem Ansuchen des Eidgenössischen Finanzdepartementes weigerte, die ihr angeschlossenen Betriebe freiwillig dem Warenumsatzsteuerbeschluss zu unterstellen, um dadurch die geforderte Gleichheit herbeizuführen! m.

Kreisverbände

Verband st. gallischer Konsumvereine

Im Volkshaus in St. Gallen trafen sich die Delegierten zur ordentlichen Versammlung, die zum erstenmal an einem Samstagnachmittag abgehalten wurde und wunschgemäss auch in Zukunft an diesem Wochentage durchgeführt werden soll. Kantonsrat Walter *Metzger*, Uzwil, erinnerte in seinem Eröffnungswort daran, dass die letztjährige Delegiertenversammlung in Buchs beschlossen habe, den Vorort dem Allgemeinen Konsumverein Uzwil und Umgebung zu übertragen. Am 19. Juli ist der Vorortswechsel erfolgt. Der Vorsitzende stellte dann den neuen Kantonalvorstand vor, der neben dem Präsidenten aus folgenden Mitgliedern besteht: Emil *Schwob*, Kassier, Uzwil; Franz *Mächler*, Aktuar, Oberuzwil; Arnold *Kunz*, Flawil; Karl *Bischofberger*, Gossau. Die Allgemeine Konsumgenossenschaft St. Gallen hat als Revisoren Walter *Keller* und Willi *Blum* bestimmt. Der Präsident dankte dem früheren Vorort Buchs für die geleistete Arbeit und gab die Versicherung ab, dass auch der neue Kantonalvorstand sich bemühen werde, das Verbandsschiff im Interesse des Verbandes zu leiten, der heute in 39 Konsumgenossenschaften und Konsumvereinen über 50 000 Mitglieder umfasst.

Die Jahresrechnung 1949 wurde auf Antrag der Revisoren genehmigt und dem Vorstand unter bester Verdankung Decharge erteilt. Die Bestimmung des nächsten Tagungsortes wurde dem Vorstand überlassen, der sie in Würdigung einer früheren Anregung erst dann einberufen wird, wenn ein aktueller Stoff zu behandeln ist. Mit einem Hinweis auf die eidgenössische Volksabstimmung über die Bundesfinanzreform konnte der Vorsitzende den geschäftlichen Teil schliessen und erteilte dem Referenten Kaspar *Schlegel*, Vorsteher des kantonalen Patentamtes, das Wort, der in einem gut aufgebauten Vortrag über das

Ausverkaufswesen,

das auch für die Konsumvereine von Interesse ist, sprach. Einleitend umschrieb der Referent den Begriff der Handels- und Gewerbefreiheit und besprach das Ausverkaufsrecht, das keinen wirtschaftspolitischen Zweck verfolge, sondern durch verwaltungsrechtliche Massnahmen die Wahrung der Grundsätze von Treu und Glauben sicherstellen will. Im Kanton St. Gallen ist das Ausverkaufswesen schon seit bald 50 Jahren gesetzlich geregelt. Seit der Jahrhundertwende hat die Ausverkaufstätigkeit an Bedeutung und Umfang enorm zugenommen. Besonders in den letzten zwei Dezennien ist auf diesem Gebiet ein starker Aufschwung zu verzeichnen. Die aus kantonalen Erlassen bestehende Rechtsordnung vermochte dieser Entwicklung nicht mehr zu genügen. Der Bund sah sich veranlasst, das Ausverkaufswesen einer bundesrechtlichen Regelung zu unterstellen und hat eine Verordnung über Ausverkäufe und ähnliche Veranstaltungen erlassen, die am 1. Januar 1948 in Kraft getreten ist und über die sich dann der Referent eingehend äusserte. Er schilderte ihren Geltungsbereich, wies auf den Spezialfall von Resten- und Restpaarverkäufen hin und skizzierte die verschiedenen Ausverkaufsveranstaltungen, um nachher sich noch mit Bewilligungspflicht, Ausverkaufszeiten und -dauer, Gebühren usw. zu befassen. Ferner gab er noch ein Bild vom Ausverkaufswesen im Kanton St. Gallen, wo nach dem Kriege die Ausverkaufstätigkeit von Jahr zu Jahr sprunghaft zugenommen hat.

Diesem interessanten und lehrreichem Referat schloss sich eine lebhaft benützte Diskussion an. Es wurden dabei verschiedene Fragen, die u. a. den unlauteren Wettbewerb, die Wirtschaftlichkeit der Ausverkäufe und ihre zeitliche Ansetzung, die Abgabe doppelter Rabattmarken usw. betrafen, aufgeworfen. Der Referent nahm in seinem Schlusswort zu diesen Voten Stellung und durfte für seine aufklärenden Ausführungen und sein ausgezeichnetes Referat den wohlverdienten Dank des Präsidenten entgegennehmen. (g)

Die Bewegung im Ausland

Niederlande. — *Staatliche Aufhebung zweier Boykotte gegen die Konsumgenossenschaften.* Die niederländischen Konsumvereine waren während längerer Jahre durch zwei Kartelle einem grundsätzlichen und, soweit es wenigstens die Kartelle durchsetzen konnten, vollständigen Boykott unterworfen. Die beiden Kartelle, um die es sich handelt, sind das Herde- und Ofen- sowie das Fahrradkartell. Die gegen die Konsumgenossenschaften gerichteten Bestimmungen in den Kartellabkommen lauteten:

a) Fahrradkartell: «Keine Belieferung kann an Betriebe, die auf genossenschaftlicher Grundlage arbeiten, in Betracht fallen, selbst wenn diese im übrigen allen durch den Kartellvertrag vorgesehenen Bedingungen gerecht werden.»;

b) Herde- und Ofenkartell: «Jeder eingeschriebene Teilnehmer ist verpflichtet, von Lieferungen an Genossenschaften Umgang zu nehmen. Das Büro ist befugt, den Teilnehmern die Beliefe-

rung von Genossenschaften zu gestatten, insofern durch das Büro mit derartigen Unternehmungen spezielle Regelungen getroffen worden sind.»

Was die zweite Bestimmung anbetrifft, so ist festzuhalten, dass die Möglichkeit, von der Ausnahmebestimmung gegen Genossenschaften Umgang zu nehmen, in der Praxis niemals angewendet wurde, so dass in Tat und Wahrheit der Boykott im Falle des Herde- und Ofenkartells nicht weniger vollständig war als in dem des Fahrradkartells. Nach einem im «Nederlandse Staatscourant» vom 24. März dieses Jahres veröffentlichten Beschluss des Niederländischen Volkswirtschaftsministeriums, sind nun einzelne Bestimmungen der beiden erwähnten Kartellverträge, darunter auch die angeführten, die sich auf Genossenschaften beziehen, als der bestehenden Kartellgesetzgebung zuwiderlaufend aufgehoben worden, womit der Boykott, der den Genossenschaften die Vermittlung der in Betracht fallenden Artikel wenn auch nicht vollständig verunmöglicht, so doch bedeutend erschwert hatte, als beendet anzusehen ist. h.

Vereinigte Staaten. *Neue Sendegemeinschaft von Gewerkschaften und Genossenschaften.* Unlängst wurde der Grund gelegt zu einem Radioprogramm, das eine neue Note in den amerikanischen Rundfunk bringen wird, indem es die Gesichtspunkte der Gewerkschaften, der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, sowie der Amerikanischen Demokratischen Aktion vertritt. Das Unternehmen baut sich auf einer losen Verbindung zwischen 8 Sendern auf, von denen 6 den Gewerkschaften gehören und 2 genossenschaftlich betrieben werden. Der Washingtoner Genossenschaftssender WCFM, der der Co-operative League of the United States nahesteht, wird jede Woche zunächst einmal an 5 Abenden bekannte Redner über wirtschaftspolitische Tagesfragen sprechen lassen, und diese Sendungen werden von den an dem Unternehmen beteiligten Stationen übernommen. Die Errichtung von zwei weiteren Genossenschaftssendern ist geplant, und diesem Versuch, den Zeitungs- und Rundfunkinteressenten auf ihrem eigenen Gebiet entgegenzutreten, dürfte wachsende Bedeutung zukommen.

— *Die älteste landwirtschaftliche Genossenschaft.* Der Rat der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Mississippi erhebt Anspruch darauf, dass die älteste landwirtschaftliche Genossenschaft in den Vereinigten Staaten in seinem Gebiet gegründet wurde. Die Zeitschrift «Journal of Mississippi History» stellt fest, dass bereits im Jahre 1809 in Port Gibson eine landwirtschaftliche Genossenschaft gebildet und durch ein Patent der Territorial-Regierung bestätigt wurde. Sie führte den Namen «Genossenschaft der Pflanzer der Grafschaft Claiborne» (The Planters' Society of Claiborne County). Als Ziele wurde in der Gründungsurkunde festgelegt: «Ihren eigenen Jahresbedarf einzukaufen... zu Preisen und Bedingungen, die die Zustimmung der Mitglieder haben... und sonstige Handlungen vorzunehmen, soweit die Verfassung der Vereinigten Staaten dies nicht untersagt.»

Zentralverwaltung

Am 15. Juni 1950 konnte Herr *C. L. Clemmer*, Commis in der Kanzlei der Verbandsdirektion des V. S. K., das *40jährige* und Herr *Alois Agustoni*, Packer im Lagerhaus 6, Pratteln, das *25jährige* Dienstjubiläum feiern.

Wir gratulieren herzlich und danken den beiden Jubilaren für die langjährige treue Mitarbeit.

Arbeitsmarkt

Nachfrage

Gesucht in Genossenschaft des Simmentales jüngere Kraft, nicht unter 25 Jahren, als **Verkäufer-Magaziner.** Reflektiert wird auf einen tüchtigen, kaufmännisch gebildeten, charakterfesten und initiativen Mann mit Fähigkeit mit dem Personal umzugehen. Bei Eignung Aussicht auf Verwalterposten. — Anmeldungen mit Lebenslauf, Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Lohnansprüche sind mit Beifügung von Zeugniskopien und Photo bis spätestens den 25. Juni einzureichen unter Chiffre O. L. 115 an die Kanzlei II. Departement V. S. K. Basel 2.

Grösserer Konsumverein am Bodensee sucht auf 1. August 1950 für gut ausgebaute Haushaltabteilung tüchtige und fachkundige **Verkäuferin** (Spezialverkäuferin dieser Branche erhält den Vorzug). Jahresumsatz ca. 80 000 Franken. Gute Arbeits- und Lohnverhältnisse. Offerten mit Zeugniskopien und Photo sind einzureichen unter Chiffre K. V. 116 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

Für die Leitung unserer Lebensmittelabteilung in unserem Hauptgeschäft (neuer moderner Laden) suchen wir tüchtige, branchenkundige **Verkäuferin.** Offerten unter Chiffre B. D. 117 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

Wir suchen tüchtige, branchenkundige **Verkäuferin** als Leiterin der Textilwarenabteilung. Nur bestausgewiesene Kräfte wollen sich melden mit Beilage von Zeugniskopien und Photo unter Chiffre V. R. 118 bei der Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

Angebot

Jüngerer, tüchtiger **Bäcker-Konditor,** mit guten Zeugnissen, sucht Stelle in Konsumbäckerei. Rheintal wird bevorzugt. Antritt sobald als möglich. Anfragen an Hans Hardegger, Konditor, Unterfelsbach, Gams (St. G.).

Junge, tüchtige **Verkäuferin,** mit Seminarausbildung, sucht auf 15. August oder nach Uebereinkunft Stelle in grössere Konsumgenossenschaft. Offerten unter Chiffre St. B. 119 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

INHALT: *Seite*